



# Amtsgericht Tiergarten

Im Namen des Volkes

Urteil

Geschäftsnummer: (231 Cs) 3033 PLs 4103/11 (196/11)

In der Strafsache

g e g e n

[REDACTED]  
geboren am [REDACTED]  
wohnhaft [REDACTED]  
ledig, deutsche Staatsangehörige,

- Angeklagte und Adhäsionsbeklagte-

wegen Körperverletzung

Das Amtsgericht Tiergarten hat aufgrund der Hauptverhandlung vom 12.01.2012, 26.01.2012 und 09.02.2012, an der teilgenommen haben:

Richter am Amtsgericht Konecny

als Strafrichter

Amtsanwältin Scholz

als Beamtin der Anwaltschaft Berlin

Rechtsanwalt Peer Stolle  
Immanuelkirchstraße 3-4, 10405 Berlin

als Verteidiger am 9.02.2012 und als  
Adhäsionsbeklagtenvertreter

[REDACTED]  
Carmen [REDACTED]

als Verteidigerin

Rechtsanwalt Olaf Klemke  
Am Neustädter Tor 1, 03046 Cottbus

als Nebenklägerin und Adhäsionsklägerin am 12.01.2012

Justizsekretär Burgdorff

als Nebenklägervertreter und Prozessbevollmächtigter der  
Carmen Rappe am 26.01.2012

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

in der Sitzung vom 09.02.2012 für Recht erkannt:

1. Die Angeklagte wird wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von fünfzehn Tagessätzen zu je fünfzehn Euro verurteilt.

2. Der Angeklagten wird nachgelassen, die Geldstrafe in Raten zu fünfzig Euro pro Monat abzuführen.

Die erste Rate ist einen Monat nach Rechtskraft des Urteils fällig.

Die Ratenzahlungsvergünstigung entfällt, wenn die Angeklagte mit mehr als einer Rate in Rückstand geraten sollte.

3. Die Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen der Nebenklägerin zu tragen.

4. Auf die Adhäsionsklage hin wird die Angeklagte verurteilt, an die Adhäsionsklägerin einen Betrag i.H.v. 1.000,- Euro nebst Zinsen i.H.v. 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 26.01.2012 wegen unerlaubter Handlung zu zahlen.

Weiterhin wird die Angeklagte verurteilt, die Adhäsionsklägerin von den Kosten der aussergerichtlichen Rechtsverfolgung wegen unerlaubter Handlung i.H.v. 17,98 Euro freizustellen.

Die Angeklagte hat die Kosten des Adhäsionsverfahrens zu zwei Dritteln und die Adhäsionsklägerin hat die Kosten des Adhäsionsverfahrens zu einem Drittel zu tragen.

Die Entscheidung über die Adhäsionsklage ist vorläufig vollstreckbar.

Der Angeklagten und der Adhäsionsklägerin wird jeweils nachgelassen, die vorläufige Vollstreckung durch Sicherheitsleistung i.H.v. 110 % des vollstreckbaren Betrages abzuwenden, wenn nicht vor der Vollstreckung Sicherheit i.H.v. 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrages geleistet worden ist.

Angewendete Vorschriften: § 223 StGB

## Gründe:

### I. Zur Person

Die nicht vorbestrafte, 32 Jahre alte Angeklagte ist ledig und kinderlos. Sie ist von Beruf Psychologin und hat zuletzt in Österreich für drei Monate als Assistentin gearbeitet und etwa 400 € verdient und zusätzlich Arbeitslosengeld II erhalten. Seit Januar 2012 ist sie zurück in Berlin und hat nun einen neuen Arbeitslosengeld II-Antrag gestellt. Offensichtlich hat die Angeklagte keine Vorbehalte dagegen, staatliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen, obwohl sie ein deutlich verzerrtes Weltbild pflegt und diesen Staat insgesamt und die Justiz im besonderen ablehnt, da sie sich als Opfer einer Klassenjustiz sieht und scheinbar davon ausgeht, dass dieses Gericht es einzig darauf abgesehen hat, sie zu erniedrigen und zu demütigen und das Gerichtsverfahren mit den Verfahren vor dem Volksgerichtshof in der Zeit des Nationalsozialismus verglichen hat.

### II. Sachverhalt

Am 17.01.2011 gegen 12:35 Uhr war die Angeklagte mit der U-Bahn Linie 2 in Richtung Pankow als Fahrgast unterwegs als sie von der Zeugin [REDACTED] als Fahrscheinkontrollleurin zwischen den Stationen Spittelmarkt und Märkischen Museum kontrolliert wurde. Da die Angeklagte keinen Fahrausweis vorweisen konnte und erklärte, sowieso an der nächsten Station aussteigen zu wollen, beschloss die Zeugin das Weitere mit der Angeklagten am Bahnhof zu klären. Um zu verhindern, dass die Angeklagte nach Einfahrt des Zuges in den Bahnhof und dem Öffnen der Türen sich der weiteren Klärung des Sachverhalts durch Flucht zu entziehen versucht, stellte sich die Zeugin vor der Angeklagten an die Tür des U-Bahnwaggons. In dem Moment, als sich nach der Einfahrt des Zuges in dem U-Bahnhof Märkisches Museum die Waggontür öffnete, versetzte die Angeklagte der Zeugin [REDACTED] von Hinten einen kräftigen Stoß gegen den Rücken. Wie von der Angeklagten beabsichtigt, verlor die Zeugin [REDACTED] dadurch das Gleichgewicht und kam ins Fallen und ihr linker Fuß geriet dabei zwischen den Zug und der Bahnsteigkante. Praktisch zeitgleich mit dem Schubsen der Zeugin versuchte die Angeklagte an der Zeugin vorbei zu rennen, um unerkannt entkommen zu können. Noch im Fallen griff die Zeugin nunmehr Halt suchend nach dem Rucksack der Angeklagten, die sich inzwischen neben der Zeugin befand und die ihren Rucksack entweder in der Hand oder über einer Schulter trug. Da sich die Angeklagte weiterhin in der Vorwärtsbewegung befand, zog sie die sich an dem Rucksack festhaltende Zeugin ein kleines Stück mit. Dadurch erlitt die Zeugin eine Fraktur der linken Großen Zehe, da ihr Fuß noch zwischen dem Zug und der Bahnsteigkante eingeklemmt war. Dabei handelt es sich für einen derartigen Geschehensablauf nicht untypische Verletzung. Die Angeklagte hatte durch ihr Schubsen eine Verletzung der Zeugin in Kauf genommen wenn auch nicht beabsichtigt.

Aufgrund der Verletzung der Zeugin Schmerzen und war vom 17. Januar 2011 bis zum 26. Februar 2011 arbeitsunfähig krankgeschrieben.



### III. Beweiswürdigung

Die Angeklagte hat sich nicht direkt zum Tatgeschehen eingelassen, allerdings in ihrem letzten Wort den Vorfall indirekt eingeräumt, indem sie sich unter anderem dahin gehend geäußert hat, dass der ganze Vorfall hätte vermieden werden können, wenn Öffentliche Verkehrsmittel kostenlos benutzt werden könnten, denn dann wären Menschen aus dem „Prekariat“ wie die Zeugin [REDACTED] nicht darauf angewiesen ihrem Lebensunterhalt als Fahrkartenkontrolleurin zu verdienen und es hätte diesen Vorfall zwischen ihnen beiden gar nicht gegeben. Stattdessen hätte sie sich viel lieber mit der Zeugin zusammengesetzt, sie zum Kaffee eingeladen und sie darüber beraten, wie sich die Zeugin gegen Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr setzen kann. Indes scheinen dies nur phrasenhafte Äußerungen der Angeklagten ohne jeden Anspruch auf Ernsthaftigkeit gewesen zu sein, da über Bemühungen der Angeklagten zu einer Verständigung und Aussöhnung mit der Zeugin [REDACTED] zu kommen, nichts bekannt ist, obwohl die die Angeklagte hierzu Gelegenheit hatte.

Die Feststellungen beruhen im Wesentlichen auf den glaubhaften Angaben der Zeugin [REDACTED], die den Vorfall und die Verletzungsfolgen entsprechend geschildert und die Angeklagten auch wieder erkannt hat. An ihren nachvollziehbaren, klaren Angaben bestanden keine ernsthaften Zweifel, zumal nicht ersichtlich ist, weshalb die Zeugin ein Interesse daran haben könnte, die ihr bis dahin völlig unbekannte Angeklagte durch wahrheitswidrige Angaben zu belasten. Zwar hat die Zeugin ausgesagt, dass sie selber nicht gesehen habe, dass sie von der Angeklagten geschubst worden sei, sie geht aber davon aus, dass die Angeklagte sie geschubst haben muss, da sie kurz vor dem Öffnen der Türen gesehen habe, dass die Angeklagte neben bzw. leicht hinter ihr gestanden habe, sei ein deutliches Schubsen in ihrem Rücken wahrgenommen habe und sich zu diesem Zeitpunkt außer der Angeklagten niemand neben bzw. hinter ihr befunden habe und die Angeklagten im nächsten Moment, bzw. praktisch zeitgleich versucht habe, an ihr vorbei zu laufen. Die Schlussfolgerung der Zeugin [REDACTED] ist daher logisch und nachvollziehbar.

Die Darstellung der Zeugin [REDACTED] ist zudem in weiten Teilen durch die glaubhaften und sehr genau differenzierten Angaben des Zeugen [REDACTED] bestätigt worden, der an dem Tattag zusammen mit der Zeugin [REDACTED] die Fahrausweiskontrollen durchführte. Zwar hat auch der Zeuge angegeben, dass er das Schubsen nicht gesehen habe, er habe aber vor dem Öffnen der Türen gesehen, dass sich nur die Zeugin [REDACTED] und die Person, deren Personalien er später festgestellt habe und die zuvor von seiner Kollegin kontrolliert worden sei, in dem entsprechenden Türbereich befunden hätten, so dass andere Personen für den von der Zeugin [REDACTED] behaupteten Stoß nicht in Frage kommen können. Er habe dann wahrgenommen, dass die betreffende Person nach dem Öffnen der Türen plötzlich heraus gestürmt sei während die Zeugin [REDACTED] gestürzt sei und sich im Stürzen an dem Rucksack der an ihr vorbeieilenden Person festgehalten habe. Anschließend habe er die Personalien der Angeklagten festgestellt, ohne diese jedoch jetzt noch sicher wieder erkennen zu können. Die Person habe dann noch sinngemäß geäußert, dass sie keinen Fahrschein gehabt hätte und man es doch versuchen könne, sich der Feststellung durch Flucht zu



entziehen. Die Zeugin [REDACTED] habe unmittelbar nach dem Vorfall über Schmerzen im Fuß geklagt und habe deshalb ihren Dienst abgebrochen.

Danach bestehen insgesamt keine Zweifel an der sehr lebensnahen Schilderung des Vorfalls durch die Zeugin [REDACTED].

Derartige Zweifel vermag insbesondere auch das Gutachten von Christian Mallas nicht zu begründen. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass der von der Zeugin [REDACTED] geschilderte Tathergang unmöglich sein soll. Dies vermag nicht zu überzeugen, da dieses Ergebnis offensichtlich unhaltbar falsch ist und klar der Lebenserfahrung widerspricht.

#### IV. Rechtliche Würdigung, Strafzumessung und Kostenentscheidung

Die Angeklagte hat sich danach wegen vorsätzlicher Körperverletzung gemäß § 223 StGB strafbar gemacht. Die Angeklagte hat sicher dieses schwerwiegende Folge ihrer Tat nicht angestrebt, aber eine Verletzung der Zeugin [REDACTED] durch das Schubsen und den dadurch ausgelösten Sturz gleichwohl billigend in Kauf genommen. Die erlittene Verletzung der Zeugin stellt sich dabei auch nicht als atypische Folge eines solchen Schupsens aus einem U-Bahnwaggon dar und ist daher der Angeklagten voll zuzurechnen. Ein wirksamer Strafantrag ist gestellt worden. Bei der Strafzumessung war zugunsten der Angeklagten insbesondere zu berücksichtigen, dass sie bisher nicht vorbestraft ist und sie diese schwerwiegende Folge ihrer Handlung nicht beabsichtigt hat. Demgegenüber war strafscharfend insbesondere die Folge der Tat für die Geschädigte zu berücksichtigen. Unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Strafzumessungskriterien war danach die Verhängung einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen zu je 15 € zur Ahndung des begangenen Unrechts insgesamt tat- und schuldangemessen.

Im Hinblick auf beengten wirtschaftlichen Verhältnisse der Angeklagten ist es der Angeklagten nicht zuzumuten, die Geldstrafe sofort zu bezahlen. Entsprechend war ihr eine Zahlungserleichterung in Form der Gestattung einer Ratenzahlungsbefugnis gemäß § 42 StGB zu gewähren. Die Verfallsanordnung beruht auf § 42 Satz 2 StGB.

Die Kosten- und Auslagenentscheidung folgt aus §§ 465 Abs. 1, 472 Abs. 1 Satz 1 StPO.

#### V. Adhäsionsklage

Die Zeugin [REDACTED] hat als Adhäsionsklägerin, gestützt auf den festgestellten Sachverhalt, eine Adhäsionsklage erhoben und ein Schmerzensgeld in der Größenordnung von 1.500 € als angemessen angesehen. Weiterhin hat sie Verdienstaufschlag während der Krankschreibung für 26 Arbeitstage in Höhe von 18,82 € pro Tag geltend gemacht, der sich aus der Differenz ihres

Arbeitseinkommens pro Arbeitstag in Höhe von 67,50 € und der ihr während der Krankschreibung gezahlten Entgeltfortzahlung in Höhe von 48,68 € pro Tag errechnet. Zudem hat sie Freistellung von den Kosten in Höhe von 17,98 € für ein von ihr vorgelegtes Attestes ihres Arztes bezüglich der erlittenen Fraktur und des Krankheitsverlaufes und der dazugehörigen Rechnung beansprucht. Die Adhäsionsklage ist der Angeklagten am 26. Januar 2012 zugestellt worden.

Die Adhäsionsklägerin beantragt

1. Die Angeklagte wird verurteilt, an die Antragstellerin ein angemessenes Schmerzensgeld, dessen Höhe in das Ermessen des Gerichtes gestellt wird, nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu bezahlen.
2. Die Angeklagte wird verurteilt, an die Antragstellerin weitere 677,52 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu bezahlen.
3. Die Angeklagte wird verurteilt, die Antragsstellerin von den Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von 17,98 € freizustellen.

Die Angeklagte beantragt

von einer Entscheidung über die Adhäsionsanträge abzusehen.

Sie bestreitet den Vorfall als solchen. Hinsichtlich des Antrags zu 1. Ist sie darüber hinaus der Ansicht, dass das erstrebte Schmerzensgeld in Höhe von 1.500 € überhöht sei und hinsichtlich des Antrags zu 2. wird die Auffassung vertreten, dass der Arbeitgeber der Adhäsionsklägerin gemäß dem Entgeltfortzahlungsgesetz zur Zahlung des vollen Arbeitsentgeltes verpflichtet gewesen wäre und daher die Adhäsionsklägerin mit der Geltendmachung der Differenz gegenüber der Angeklagten gegen die ihr obliegende Schadensminderungspflicht verstoßen würde.

Hinsichtlich des Antrags zu 1 war der Adhäsionsklägerin ein Schmerzensgeldanspruch in Höhe von 1.000 € aus §§ 823 Abs. 2, 253 BGB in Verbindung mit § 223 StGB zuzusprechen. Die Tatbestandsvoraussetzungen sind, wie bereits oben festgestellt, erfüllt. Unterberücksichtigung der erlittenen Verletzung, der damit verbundenen Schmerzen und des weiteren Krankheitsverlaufs stellt ein Schmerzensgeld in Höhe von 1.000 € eine billige Entschädigung dar und hält sich auch im Rahmen vergleichbarer Fälle, wie etwa der Fall zu der laufenden Nummer 121 der aktuellen ADAC-Schmerzensgeldtabelle 2012 zeigt. Dort hat das Landgericht Bayreuth in einem vergleichbaren Fall 2002 wegen des Bruchs des linken Großzehs, der mit knapp drei Wochen Arbeitsunfähigkeit verbunden war ein Schmerzensgeld in Höhe von 750 € zugesprochen. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Preissteigerung in den vergangenen zehn Jahren ist daher hier ein Betrag von 1.000 € angemessen.

on der Entscheidung zu dem Antrag zu 2 ist abgesehen worden, da er sich zur Entscheidung im Strafverfahren nicht eignet, da insoweit eine weitere Prüfung erforderlich wäre, die eine Entscheidung im Strafverfahren verzögern würde.

Der Antrag zu 3 ist wiederum gemäß §§ 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 223 StGB dem Grunde nach begründet und hinsichtlich der Höhe unstreitig.

Die Entscheidung bezüglich der Zinsen folgt aus §§ 291, 288 BGB.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 472a StPO und orientiert sich hinsichtlich der Entscheidung über die Anträge zu 1 und 3 am Maßstab von § 92 ZPO.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit folgt aus § 708 Nr. 11 ZPO.

Konecny  
Richter am Amtsgericht

Ausgefertigt

Kamphans-Suchland  
Justizbeschäftigte

